

Ist alles erlaubt? Grenzen und Regeln für den öffentlichen Meinungsstreit. Ein Definitionsversuch.

Am Podium:

Ruth Wodak, Akademie der Wissenschaften, Forschungszentrum Diskurs, Politik, Identität,
Alfred Gusenbauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs,

Hans Rauscher, Journalist, *Der Standard*, *Format*,

Christiane Kohl, *Süddeutsche Zeitung*,

Moderation: Werner Perger, Journalist, *Die Zeit*

12. Juni 2000

Anlass zu dieser Diskussionsrunde, erläuterte Gesprächsleiter Werner Perger einleitend, war die durch den Wiener Wahlkampf aufgeworfene Frage, in welcher Weise politische Kontroversen ausgetragen werden sollen und ob – so die titelgebende Frage – in ihnen „alles erlaubt“ sein kann. Im Wiener Wahlkampf, so Perger, seien erstmals Tabus, die bisher in der politischen Diskussion eingehalten worden waren, mit dem Ziel politischer Mehrheitsschaffung verletzt worden. Perger warf die Frage auf, ob man einen „Code of Conduct“ etablieren könne, der Regeln für die politische Diskussion festlegt. Andererseits verwies er auf einen positiven Aspekt der Tabuverletzung als Vehikel der Diskussionsanregung und des Thematisierens von Missständen.

Die Diskussion eröffnete Ruth Wodak mit einer Bestimmung des Themas aus wissenschaftlicher Sicht. Einleitend wies Wodak darauf hin, dass der Wiener FPÖ-Wahlkampf durchaus nicht das erste Beispiel für bewusste Tabuverletzung im österreichischen politischen Diskurs gewesen sei. Gerade Antisemitismus, so Wodak, habe in Österreichs politischer Rhetorik lange Tradition. In der Folge formulierte sie einige Thesen: Politische Kommunikation, so Wodak, sei immer im Wandel begriffen. Am Beispiel von Wahlplakaten ließe sich etwa beobachten, dass durch sie immer stärker einzelne Politiker stellvertretend für Programme oder Parteien beworben würden. Insgesamt sei der stark amtsdeutsch geprägte Stil der Parteiprogramme in einen Werbestil übergegangen, das Marketing nehme im politischen Diskurs einen größeren Stellenwert ein. Sie erwähnte als zentrale Funktion politischer Kommunikation die der Kontrolle über Information und die der Rechtfertigung von Politik durch wissenschaftliche, statistische bzw. ökonomische Argumente.

Wodak bestätigte, dass in der aktuellen politischen Diskussion wichtige Konsensformen der Zweiten Republik durchbrochen würden. Demokratische Grundwerte, die bislang Konsens waren, würden in Frage gestellt. Das ließe sich auch an der Klageflut gegen

regierungskritische Journalisten und Wissenschaftler ablesen. Kritiker, so Wodak, würden im politischen Diskurs als Denunzianten oder „Vernaderer“ diffamiert. Das führe zu einer Statik der Diskussion, in der bewusst Freund- und Feindbilder geschaffen und eine sachliche Auseinandersetzung verhindert würde.

Hans Rauscher griff das Thema Klageflut auf und referierte einige Fälle geklagter Journalisten und Wissenschaftler, die über Tabuverletzungen der FPÖ in Bezug auf den Nationalsozialismus kritisch berichtet hatten. Zwar sei der Versuch der FPÖ, die Kritik an ihren Tabubrüchen durch Klagen abzustellen, in einigen wichtigen Fällen gescheitert, allerdings wäre, so Rauscher, die Klageflut als solche eine österreichische Singularität und die warnenden europäischen Reaktionen darauf sehr wichtig, damit es nicht zu nationalen Gewöhnungseffekten komme.

Christiane Kohl berichtete von den Erfahrungen in Italien. Dort habe es im Wahlkampf zwar ausländerfeindliche Aktionen gegeben, Gewinner sei allerdings nicht die Lega Nord von Umberto Bossi gewesen, sondern die Wahlkoalition um Silvio Berlusconi. Berlusconi habe, so Kohl, die politische Diskussion auf ganz schlichte Parolen reduziert. Dazu komme das Problem, dass er als wichtigster Mann im Staat zugleich auch als Unternehmer Monopolist der öffentlichen Kommunikation sei. Insofern stelle sich in Italien weniger die Frage nach einem „Code of Conduct“ im öffentlichen Meinungsstreit, sondern wem dieser Meinungsstreit gehöre. Berlusconis Machtkonzentration im medialen Bereich, so Kohl, sei europaweit ohnegleichen. Eine Antwort auf die Frage, wie der Interessenskonflikt zwischen Berlusconis politischem Amt und seinen Interessen als Geschäftsmann gelöst werden könne, sei noch nicht gefunden. Massiver Kampagnenjournalismus in Berlusconi-Medien, glaubt Kohl, sei allerdings nicht zu befürchten, weil damit keine guten Geschäfte zu machen seien. Allerdings, schränkte Kohl ein, habe Berlusconi die Entpolitisierung der Medien, die in Italien schon länger im Gange sei, durch seine Privatsender sicherlich befördert. Der Fall Italien, meinte Werner Perger, illustriere auch, welche Aufgaben auf Europa in Zusammenhang mit den Machtstrukturen in den Beitrittsländern zukämen.

Alfred Gusenbauer erklärte in seinem Diskussionsbeitrag das Fehlen politischer Konfliktkultur in Österreich mit dem langen Funktionieren sozialpartnerschaftlicher Absprachesysteme. Demgegenüber habe die FPÖ in den letzten fünfzehn Jahren eine Politik des Verstärkens von Ängsten und des Schürens von Ressentiments betrieben. Dass diese Politik greifen konnte, führte Gusenbauer darauf zurück, dass sich die vorhandene politische Klasse zu weit von der gesellschaftlichen Realität entfernt und damit eine Lücke für rechtspopulistische und demagogische Politik geöffnet habe. Im Zuge dieses Prozesses seien auch die Grenzen der Akzeptanz von Begrifflichkeiten laufend nach unten verschoben worden, so Gusenbauer. Er räumte ein, dass differenziertes Argumentieren gegenüber demagogischer Schwarz-Weiß-Malerei im Nachteil sei, rief aber dazu auf, das Problem des

Populismus selbst zum Thema zu machen und sich dem Schema der Vereinfachung in der politischen Diskussion nicht zu fügen. In Bezug auf die Beitrittsländer formulierte Gusenbauer – im Gegensatz zu Rauscher und Perger – seinen positiven Eindruck, dass die dortigen rechtspopulistischen, demagogischen, nationalistischen oder faschistischen Tendenzen einer starken Opposition von Demokraten in den Parteien und einer kritischen Öffentlichkeit gegenüberstünden.

Langsam, so waren sich die Diskutanten einig, prägte sich allerdings auch in Österreich die Zivilgesellschaft stärker aus. Hans Rauscher erwähnte, dass von 2200 österreichischen Richtern immerhin 1400 einen öffentlichen Aufruf gegen die Angriffe auf die Justiz durch die FPÖ unterschrieben hätten. Rauscher und auch Gusenbauer unterstrichen dezidiert die Bedeutung des österreichischen EU-Beitritts für die österreichische Debattenkultur.

Christiane Kohl verwies erneut auf den Fall Italien und auf die verschiedenen Beteiligungen, durch die der Berlusconi-Medienkonzern mit Medienanstalten in anderen Ländern verbunden sei. In diesem Zusammenhang rief sie dazu auf, über eine Art europäische Mediencharta nachzudenken, die sich mit Fragen der medialen Machtkonzentration und Machtentflechtung einerseits und mit einem Grundkodex für Veröffentlichungen und Verhalten von Medien andererseits beschäftigen müsse. Ruth Wodak verwies darauf, dass auf EU-Ebene beschlossene Verhaltens-Kodizes für verschiedene Gesellschaftsbereiche – Medien, Bildungspolitik, Antidiskriminierungsgesetze – der erfolgreichen nationalen Implementierung bedürften, um wirksam werden zu können.

In seinem Resümé konstatierte Werner A. Perger, dass Österreich in den letzten Jahren – zweifellos durch negative Erfahrungen – zu einem Land mit sehr viel stärkerem politischem Bewusstsein geworden sei. Österreichs politische Kultur habe sich europäisiert, so Perger, gleichzeitig sei allerdings ein Gewöhnungsprozess gegenüber politischen Tabubrüchen zu beobachten, gegen den man sich auch weiterhin deutlich zur Wehr setzen müsse.